

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 2 / Mai 2007

20 Jahre Grüne Basel

20 Jahre Grüne Basel	1, 2
Guy Morin	3, 4
junge grüne nordwest	5, 6
Grüne Riehen	7, 8
Abstimmungen vom 17.06	8, 9
Varia / Infomarkt	10



So sah der Titel der ersten Ausgabe „Dr grünen Drugg“ am 1. April 1987 aus

P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel

Vor zwanzig Jahren ist die Grüne Alternative Basel gegründet worden. Sie ist am 1. April 1987 erstmals mit einer programmatischen Zeitung an die Öffentlichkeit getreten. Und sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass seit 1988 die Grünen zunächst im Kantonsparlament, bald schon im Gemeindeparlament Riehen und seit 2005 auch im Regierungsrat von Basel-Stadt für frischen Wind sorgen.

Die Grüne Alternative Basel (GAB) ist mit dem bekannten Soziologen und Urbanismuskritiker Lucius Burckhardt mit dem Ziel angetreten, eine Sammlungsbewegung der alternativen politischen Kräfte in Basel zu gründen. Sabine Rasser, Helen Geiser, Marianne Meyer, Matthias Jenni und Markus Ritter traten zusammen mit Lucius Burckhardt zum Nationalratswahlkampf 1987 auf der neuen GAB-Liste an. Damals gab es bereits seit 8 Jahren

eine Grüne Partei in Basel, die aber aus eigener Kraft keine Parlamentsmandate geschafft hatte. Die GAB-Liste verfehlte zwar den Sitz, konnte aber den Nationalratsitz der POB von Anita Fetz sichern helfen. Zu den kantonalen Gesamterneuerungswahlen traten die neuen GAB-Grünen vereinigt mit weiteren grünen und linksalternativen Gruppierungen auf einer Sammeliste an. Aus der GAB ist eine Plattform für die Neuformierung der Grünen Bewegung in Basel

weiter auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

geworden, die seither auch Teile der aufgelösten Parteien LdU, POB, SAP, Grüne Mitte, Frauenliste und einigen Splittergruppen zu einer neuen politischen Kraft vereinigen konnte.

Die Ziele, die die Mitwirkenden der GAB damals formulierten, sind in grossen Teilen noch heute aktuell. Trotz mancher beachtlicher Teilerfolge ist Basel noch kein grüner Kanton: Wir wollen die bestehenden Mängel für einmal sichtbar machen, indem wir die programmatischen Publikationen aus unserem Gründungsjahr unverändert ins Netz stellen unter

www.gruene.ch/bs. So kann sich jedermann selber ein Urteil bilden, wie viel Grün es in Zukunft braucht.

Die Grünen sind heute eine fest verankerte Kraft in der Basler Parteienlandschaft. Gemeinsam mit BastA! bilden sie die drittgrösste Fraktion, das Grüne Bündnis, im Kantonsparlament.

Mit einer Veranstaltung am 22. Juni 2007 im Basler Rathaus und dem Einstellen von Dokumenten aus der Gründungszeit der grünen Sammlungsbewegung GAB auf unserer Website erinnern wir an die ersten 20 Jahre eines Grünen Basel.



Einladung zur Jubiläumsfeier

20 Jahre Grüne Basel

Freitag 22. Juni '07 17 - 19 Uhr
im Rathaus, Grossratssaal

nach den Jubiläumsansprachen und musikalischer Einlage wird ein Apéro serviert. Kommt auch an diesen Anlass. Wir freuen uns über viele Grüne die zusammen auf das Jubiläum anstossen

Impressum Nr. 2 / Mai 2007

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt, Postfach
1442, 4001 Basel, 061/383 98 33,
bs@gruene.ch, <http://www.gruene.ch/bs>
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk, erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im Jahresbeitrag
inbegriffen)

Redaktion:

Eveline Rommerskirchen, Christine
Beckert, Harald Friedl

Druck:

Rumzeis, Basel

W E R B U N G



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeiermaler.ch

Lachenmeier-Maler
Renovieren mit Weitsicht!

Rede von Guy Morin an der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz in Basel am 5. Mai



**Guy Morin, Grüner Regierungsrat
Basel-Stadt, Vorsteher
Justizdepartement**

Als Parlamentarier oder Parlamentarierin, insbesondere als Grüne, ist man mit der eigenen Regierung nie zufrieden. Ich selber habe während zwölf Jahren in einem Parlament gewirkt. Und ich war nie zufrieden. Nun kenne ich als Mitglied der Basler Kantonsregierung auch die andere Seite. Von dieser möchte ich Ihnen kurz berichten.

Das Auftreten der Grünen auf dem politischen Parkett ist stärker denn je. Die Wahlerfolge häufen sich. Immer mehr grüne Politikerinnen und Politiker werden in städtische und kantonale Exekutiven gewählt. Dabei ist es zentral, folgendes zu verinnerlichen: Regieren setzt zu einem grossen Teil die Bereitschaft zum Kompromiss voraus. Regieren heisst pragmatische Lösungen suchen und diese mittragen. Auf dem Weg zum Ziel sind immer wieder Teilschritte nötig. Wir müssen die Bedürfnisse aller Interessengruppen abwägen, wir müssen verhandeln, wir müssen Vertraulichkeit schaffen. Dies geht nicht ohne innere Konflikte. Die Öffentlichkeit, die Medien, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, auch diejenigen aus den eigenen Reihen, wissen es immer besser. Für die Regierenden sind diese oft Störenfriede und Spielverderber. Also ziehen sie sich in Elfenbeintürme zurück und verstecken sich mit Vorliebe hinter dem viel beschworenen Kollegialitätsprinzip.

Wir grüne Exekutivmitglieder müssen jedoch heraustreten und Zeichen setzen. Wir dürfen uns nicht abschotten. Wir müssen klar und pointiert mitregieren und mitgestalten! Wir müssen Mitverantwortung übernehmen. Wir müssen Transparenz schaffen. Wir müssen unseren Wählerinnen und Wählern die eigene Ambivalenz und die Interessenskonflikte darlegen, die unser Amt mit sich bringt. Lassen Sie mich diesen Gedanken mit zwei aktuellen Beispielen verdeutlichen:

Ich setze mich überzeugt für den Bau des „neuen Stadtcasinos“ ein. Es ist ein aussergewöhnliches Pro-

jekt einer aussergewöhnlichen Frau, der Architektin Zarah Hadid. Private haben bereits 31 Mio. CHF dafür gespendet. Wenn 40 Mio. erreicht sind, wird die öffentliche Hand weitere 40 Mio CHF für dieses Wahrzeichen ausgeben. Für mich ist dieses Projekt beispielhaft: Es steht für die Kulturstadt Basel, für private public partnership und für Urbanität. In unserer Stadt wird wieder investiert und es werden Arbeitsplätze geschaffen. Es wird Wertschöpfung erzielt, die Basis unserer Einnahmen und unserer Ausgaben für die Bevölkerung ist. Wir verstehen uns als eine Stadt im Zentrum einer trinationalen grenzüberschreitenden Metropole.

Das Referendum gegen das Casino wurde von einzelnen Grünen unterstützt: Diese sind mit dem Resultat unzufrieden, das Regierung und Private entwickelt haben: Es sei ein Koloss und noch dazu massiv zu teuer. Hier müssen wir nun im guten Sinne streiten können und gegenseitig voneinander lernen.

Das zweite Beispiel betrifft mein Verwaltungsratsmandat des Euro-airports Basel-Mulhouse-Freiburg. Vor kurzem habe ich an einer Veranstaltung des Schutzverbandes der Bevölkerung rund um den Flughafen teilgenommen. Ich sollte über die aktuellen Themen und Entwicklungen des Flughafens berichten.

Die Rolle als grüner Verwaltungsrat eines Flughafens ist an sich äusserst ambivalent. Daher war es für mich wichtig, den anwesenden AnwohnerInnen meine Situation, meine Doppelrolle, zu erklären: Als Verwaltungsratsmitglied sehe ich die zentrale Bedeutung des Flughafens für unseren Wirtschaftsstandort. Unser Flughafen muss konkurrenzfähig bleiben. Er braucht daher gleiche Rahmenbedingungen wie sie auch vergleichbare Flughäfen haben. Ich kann nicht dafür plädieren, den Flugverkehr einzuschränken oder den Flughafen zu schliessen. Aber

Fortsetzung von Seite 3

ich kann trotzdem etwas tun in Sachen Klimapolitik: Ich kann mich für eine Kerosenbesteuerung einsetzen, ich kann mich für Kostenwahrheit im Flugverkehr oder für myclimate-tickets einsetzen. Und ich kann der Geschäftsleitung sagen, dass sie sich auf diese unausweichlichen Entwicklungen vorbereiten muss.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Klimadebatte kurz eine Klammer öffnen: Die Klimaerwärmung ist für alle spürbar. Die UNO – Klimaberichte bestätigen, was wir immer deutlicher tagtäglich wahrnehmen. Einsicht und Wandel werden durch diese handfesten und messbaren Erfahrungen beschleunigt. Alle wissenschaftlichen Theorien und Projektionen waren im Gegensatz dazu weit weniger wirksam. Aber: Dieser Wandel muss mit und nicht gegen die Wirtschaft erfolgen, er muss mit den Menschen und nicht gegen sie stattfinden. Verbote, Einschränkungen, Panikmache helfen da nicht weiter. Als Gesetzgeber stehen wir in der Pflicht, richtige Anreize zu setzen, konkret:

- Die ökologische Steuerreform werden wir im nächsten Anlauf schaffen.
- Ob eine kilometerabhängige Motorfahrzeugbesteuerung, ob Road Pricing oder Stadtvignette: Auch der motorisierte Individualverkehr wird mehr Kostenwahrheit übernehmen müssen. Dies wird auch Basel, die Stadt mit der Pionierfirma Rapp in diesem Gebiet, erkennen.
- Mit my climate oder ohne: Die Flugtickets werden wieder teurer werden und die Flugbewegungen nicht weiter wachsen wie in den letzten drei Jahren. Noch hat sich kaum jemand Gedanken gemacht, wie Flugzeuge fliegen, wenn das Kerosen ausgehen wird.

Die Wirtschaft wird hier mitmachen. Denn es sind marktwirtschaftliche Instrumente, welche Kostenwahrheit herstellen. Die Wirtschaft ist auf Nachhaltigkeit angewiesen. Partikularinteressen

dürfen sich hier nicht durchsetzen. Die Investition in erneuerbare Energien und Spartechnologien, in Energieeffizienz und Wärmedämmung rentieren schon heute. Entsprechende Finanztitel bestätigen dies. Die Rentabilität wird sich noch vervielfachen. Dies ist unsere Motivation für Investitionen in Geothermie, in ein grosses Holzheizkraftwerk, in Biogasvergärungsanlagen oder in eine klimaneutrale Verwaltung.

Ich möchte die Klammer schliessen und zum Schluss kommen.

Als Grüne müssen wir auf allen politischen Stufen mitregieren wollen. Oppositionspolitik ist in der Schweiz langweilig und wenig effizient. Attraktiv wäre sie in einer parlamentarischen Demokratie mit Mehrheitsregierung; wenn ein Machtwechsel angestrebt wird. In unserer direkten Demokratie mit Konkordanz- und Mehrparteienregierung ist Oppositionspolitik Sache von Splittergruppierungen. Oder sie ist Ausdruck der fehlenden Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen. Die Grünen müssen klar sein: Wir wollen mitregieren und mitgestalten. Wir Exekutivmitglieder brauchen dazu aber Eure Unterstützung, die Unterstützung der Parteien und die Unterstützung der Parlamente. Denn das Öl im Getriebe der Politik sind die Parteien. Ihr beschliesst die Leitlinien und Programme. Diese müssen pointiert oder visionär sein. Wir Regierungsräte brauchen den Dialog und die Auseinandersetzung mit unseren Parteien. Wir können aber nicht alle eure Wünsche erfüllen und nicht alle eure Postulate umsetzen. Wir brauchen aber Eure Identifikation mit der Regierungsverantwortung und mit Euren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Ich bin überzeugt, dass die Grünen dabei an Glaubwürdigkeit und an Profil gewinnen, noch mehr und immer wieder!

Guy Morin
Regierungsrat Basel-Stadt

WERBUNG

Trockenfrüchte
(Kirschen, Äpfel
Zwetschgen)

sowie Lammfelle, Lammfleisch,
Schafräuchwürste

Isleter hof
4450 Jäsach

061 971 97 94 www.isleterhof.ch

bequem per Post oder im Ökoladen,
Theaterpassage, Basel (Trockenfrüchte)

**EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE:****«für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (Stopp-Offroaders-Initiative)**

(Im Bundesblatt veröffentlicht am 27. Februar 2007; Ablauf der Sammelfrist am 27. August 2008)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 82a (neu) Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen

- Der Bund erlässt Vorschriften zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Motorfahrzeugen, insbesondere der Unfallfolgen und der Umweltbelastung durch Personenwagen.
- Motorfahrzeuge mit übermässigem Ausstoss schädlicher Emissionen, insbesondere von CO₂ oder Feinstaub, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Emissionsgrenzwerte für die unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.
- Motorfahrzeuge, welche Velofahrende, Zufussgehende oder andere Verkehrsteilnehmende übermässig gefährden, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Vorschriften für die unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.
- Der Bund passt Vorschriften und Grenzwerte regelmässig dem technischen Fortschritt und neuen Erkenntnissen an.
- Motorfahrzeuge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Artikels oder im Ausland zugelassen wurden, dürfen in der Schweiz weiterhin verkehren. Für Personenwagen, welche von den Absätzen 2 oder 3 betroffen wären, bestimmt der Bund eine tiefere Höchstgeschwindigkeit.
- Der Bund regelt Ausnahmen für die Zulassung und Verwendung von Fahrzeugen, die von den Absätzen 2 oder 3 betroffen wären, jedoch für bestimmte Einsatzzwecke unabdingbar sind.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt: Art. 197 Ziff. 8 (neu)**8. Übergangsbestimmung zu Art. 82a (Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen)**

- Ausführungserlasse zu Artikel 82a gehen für Personenwagen von folgenden Mindestwerten aus:
 - Zu Abs. 2: Grenzwerte (Normverbrauch): 250g CO₂/km, 2.5 mg Partikel/km.
 - Zu Abs. 3: Maximales Leergewicht: 2.2 Tonnen; Frontpartie ohne übermässiges Verletzungsrisiko.
 - Zu Abs. 5: Höchstgeschwindigkeit 100 km/h.
- Treten die Ausführungsgesetze zu Artikel 82a nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme durch Volk und Stände in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: _____ Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	NAME	VORNAME	GEB.DATUM (TT/MM/JJJJ)	WOHNADRESSE (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						

Bitte nicht ausfüllen, wird bei der Beglaubigung benötigt!

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Datum: _____
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Stempel:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: Bach, Romain, Ch. du Point d. Jour 10, 1202 Genève; Durner, David, Waffenplatzstr. 91, 8002 Zürich; Girod, Bastien, Brahmstr. 34/321, 8003 Zürich; Gysin, Greta, via Carloni 3, 6821 Rovio; Horisberger, David, Heilbronnerstr. 9a, 4500 Solothurn; Keller, Stefan, Steinstr. 22, 5406 Baden-Rütihof; Kestenholz, Matthias, Pflanzschulstr. 58, 8004 Zürich; Koch, Philippe, Zentralstr. 156, 8003 Zürich; Leuenberger, Sylvia, Ch. du Foron 20A, 1226 Thônex; Linsmayer, Paul, Forchstr. 67, 8032 Zürich; Menétrey, Anne Catherine, Ch. de la Planette, 1071 Saint-Saphorin; Meyer, Michael, Küngenmatt 50, 8055 Zürich; Neukom, Martin, Glärnischweg 4, 8400 Winterthur; Probst, Matthias, Motorenstr. 21, 8005 Zürich; Riedmann, Robin, Scheidwegstr. 42, 9016 St. Gallen; Rossi, Vincent, Av. de la Gare 42, 1003 Lausanne; Scheuss, Urs, Unionsgasse 1, 2502 Biel; Schmuki, Anna, Holzwiesweg 19, 8047 Zürich; Schönbacher, Andreas, Vonmattstr. 24, 6003 Luzern; Schweizer, Thomas, Breitenstr. 24, 8908 Hedingen; Stucki, Matthias, Taubental, 3766 Boltigen; Teuscher, Franziska, Neubrückstr. 114, 3012 Bern; Trede, Aline, Sonneggweg 17, 3008 Bern; Trinkler, Simon, Schützenweg 16, 4123 Allschwil; Tschopp, Nina, Lindenstr. 3, 8162 Steinmaur; Vara, Céline, Coteaux 6, 2016 Cortaillod

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden an das Initiativkomitee: Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge, Postfach, 8031 Zürich, der für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird. Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei: Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge, Postfach, 8031 Zürich, www.menschenfreundlicher.ch. Spendenkonto: PC 85-175186-0

Wichtige Hinweise:

- nur Personen aus der gleichen Wohngemeinde sollen unterschreiben
- nur Stimmberechtigte dürfen unterschreiben
- keinen Bleistift verwenden!

- alles handschriftlich und in Blockschrift ausfüllen
- Unterschrift nicht vergessen
- Beglaubigung auf der Gemeinde erfolgt durch das Initiativkomitee

Offroader stoppen – menschenfreundliche Mobilität ermöglichen!

Initiative bremst Klimaerwärmung: In der Schweiz werden etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen von Personenwagen ausgestossen. Die Initiative verlangt einen CO₂-Grenzwert, welcher dem technischen Fortschritt angepasst ist. Damit werden die klimaschädlichsten Fahrzeuge nicht mehr zugelassen, so wird ein wichtiger Beitrag für die Stabilisierung des Klimas geleistet.



Initiative schützt Velofahrende, Zufussgehende und Kinder: Die kantige, hohe Frontpartie von schweren Offroadern und ähnlichen Fahrzeugen stellt eine unnötige Gefährdung für VelofahrerInnen, FussgängerInnen und insbesondere für Kinder dar. Häufig erhöhen zusätzlich extraordinäre Stossstangen die Verletzungsgefahr. Die Initiative zieht deshalb übermässig gefährliche und aggressive Fahrzeuge aus dem Verkehr.

Initiative reduziert Luftverschmutzung: An der Luftverschmutzung des Strassenverkehrs sterben in der Schweiz jährlich schätzungsweise 1300 Personen. Die Initiative reduziert die Luftverschmutzung durch den Verkehr, indem sie Feinstaubfilter obligatorisch macht.



Initiative stoppt Aufrüstung auf der Strasse: Der Offroader-Boom ist auch ein Ausdruck einer Aufrüstungsspirale auf der Strasse. Bei Zusammenstössen mit den immer schwereren und grösseren Autos sterben Fahrer von normalen Personenwagen 10mal häufiger. Die Initiative stoppt diese Spirale und setzt ein Maximalgewicht von 2.2 Tonnen für Personenwagen fest.

Initiative ermöglicht effizientere Autos: Das 1-Liter-Auto ist technisch machbar. Es bestehen jedoch Sicherheitsprobleme, weil solche Fahrzeuge einem Crash mit einem schweren Offroader nicht standhalten können. Durch die Initiative werden gefährliche Fahrzeuge aus dem Verkehr genommen und damit die Sicherheit für das 1-Liter-Auto stark erhöht. Davon profitieren schliesslich Klima und Luftqualität.



Initiative ist verhältnismässig: Die Initiative nimmt nur die Fahrzeuge mit übermässiger Umweltverschmutzung und übermässiger Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmer aus dem Verkehr. Normale Fahrzeuge sind nicht betroffen. Zudem dürfen Fahrzeuge, welche bei der Annahme der Initiative bereits gekauft sind, weiterhin benutzt werden, jedoch mit einer reduzierten Maximalgeschwindigkeit von 100 km/h. Landwirte, Jäger, Waldarbeiter und andere, welche wirklich einen schweren

Offroader oder ein ähnliches Fahrzeug brauchen, sind von der Initiative ausgenommen.

Alle diese Argumente können mit Studien unterlegt werden. Ein entsprechendes ausführlicheres Argumentarium ist unter: www.menschenfreundlicher.ch zu finden.

Grüne Riehen

In Riehen ist die Siedlungsplanung ein aktuelles Thema der nächsten vier Jahre. Es stehen neben den Zonenplänen zum Siedlungsgebiet und dem Landschaftsgebiet auch konkrete Entwicklungspläne im Zentrum. Hauptsächlich sind dies die vier grossen Entwicklungspläne für die Gebiete Niederholz, Dorfkern, Lörracherstrasse und Stettenfeld.

Der Vorstand der Grünen Riehen hat sich mit dem Entwicklungsplan Stettenfeld vertieft befasst und wichtige Punkte zur Haltung der Grünen betreffend zukünftige Siedlungsentwicklung festgehalten. Die im März 2007 an die Riehener Behörden verschickte Vernehmlassung ist hier grösstenteils wiedergegeben.

Vernehmlassung zum Entwicklungsrichtplan Stettenfeld

Der UNO-Klimabericht vom 2.2.07 hat es unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: Unsere Welt ist in einem katastrophalen Zustand – verursacht durch uns Menschen. Sofortiges Umdenken und Handeln sind zwingend. Für uns Grüne bedeutet dies einmal mehr, dass wir gefordert sind.

Im Leitbild der Gemeinde Riehen für die Jahre 2000 – 2015 ist nachzulesen, dass Riehen die bestehende Einwohnerzahl erhalten möchte. Dieses Ziel können wir Grünen unterschreiben, nicht jedoch den Schluss, der daraus gezogen wird, es brauche für die Zukunft mehr Wohnraum - und daraus dann die Legitimation, weitere grosse Bauprojekte zu starten. Seit der Zeit, da dieses Leitbild erarbeitet wurde, sind einschneidende Veränderungen eingetreten: Die Schweiz ist mittlerweile das Land mit der grössten Zersiedelung und der UNO-Klimabericht mit seinen erschreckenden Prognosen wurde herausgegeben. Darum müssen wir auch hier in Riehen umdenken und sofort Massnahmen ergreifen, um diese Entwicklung nachhaltig zu stoppen.

Unsere Forderungen

1. Das Stettenfeld, unsere letzte Landreserve, soll (vorläufig) frei und für kommende Generationen erhalten bleiben. Es soll vorerst ein Naherholungsgebiet bleiben sowie auch eine Schutzzone für die angrenzenden Naturgebiete. Die Bautätigkeit auf deutscher Seite und der Bau der Zollfreistrasse haben das öffentliche Interesse an einem einfachen Naherholungsgebiet in diesem wachsenden (grenzüberschreitenden) Quartier noch verstärkt.

2. Laut Statistik, ist ein Drittel der Riehener/innen 60 und mehr Jahre alt. Dies bedeutet, dass in den nächsten 20 Jahren viel Wohnraum frei werden wird. Es soll deshalb eine Diskussion und eine Planung entstehen, wie mit dem freiwerdenden Wohnraum umgegangen werden kann/soll.

3. Sollte sich die Gemeinde Riehen trotz allem entschliessen, im Stettenfeld schon in den nächsten 10 - 15 Jahren zu bauen, so stellen wir Grünen folgende **Bedingungen**:

3a) Bebauungsdichte

- Es soll Wohnraum für max. 250 Personen erstellt werden.
- Diese Bauten inkl. zugehöriger Umschwung sollen max. einen Viertel der Gesamtfläche einnehmen.
- Es braucht ein Gesamtverkehrskonzept für die bereits jetzt belasteten Quartiere, sowie für die neue Überbauung. Zudem sollen die angestrebten Veränderungen durch die flankierenden Massnahmen zu der Zollfreistrasse berücksichtigt werden.
- Die neue Siedlung soll an die bestehenden Überbauungen anschliessen.
- Sie soll autofrei konzipiert werden mit Parkmöglichkeiten im Süden, am Rand der neuen Siedlung.
- Die Buslinie soll nur bis an den Rand der Siedlung (im Süden) und nicht in die Siedlung hinein geführt werden.

3b) Grünzonen und Sport

- Die geplante Grünzone an der Grenze zu Lörrach soll nicht bebaut, sondern ökologisch aufgewertet werden (keine Sportanlagen oder Familiengärten). Diese Fläche soll ganz dem Naturschutz dienen (als Rückzugsgebiet und Ausbreitungskorridor). Die Schaffung einer solchen „Naturzone“ ist besonders deshalb unabdingbar, weil auf deutscher Seite bis an die Grenze gebaut worden ist.
- Ein wichtiger Naturkorridor bildet der Streifen entlang des Eisenbahndamms, aber auch innerhalb des bebauten Gebietes müssen genügend grosse Durchgangskorridore entstehen.
- Sportanlagen gehören nicht in die Grünzone.

3c) S-Bahn-Haltestelle

- Die Haltestelle Stettenfeld der S-Bahn soll keinesfalls auf Schweizer

weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Boden erstellt werden. Es werden nämlich in den nächsten 20 Jahren nur die Bewohner/innen in Stetten/D profitieren können, auch bei Festhaltung an einer Vollbebauung des Stettenfelds in den nächsten 10-20 Jahren. Zudem ist zu bedenken, dass für einen Grossteil der zukünftigen Bewohner/innen des Stettenfelds die S-Bahn-Haltestelle im Dorf auch sehr gut erreichbar ist.

- Weiter ist zu vermeiden, dass ein Schleichweg für Autofahrten von Stetten nach Riehen/Basel entstehen kann.

- Die Grünen begrüssen den Velo und Fussweg inmitten einer Grünanlage entlang der Bahnlinie sowie die gesicherten Bahnübergänge.

Zudem möchten wir festhalten, dass wir den angestrebten Zeitplan als nicht realistisch einstufen und somit dem Punkt 2 noch mehr Gewicht verliehen wird.

Für den Vorstand der Grünen Riehen

Denise Schenkel, Vizepräsidentin
Maja Kopp, Einwohnerrätin
Marianne Hazenkamp, Präsidentin

Abstimmungen vom 17. Juni 2007

Ja zum neuen Stadt-Casino

An der Jahresversammlung der Grünen Basel-Stadt wurde nach intensiver und kontroverser Diskussion deutlich Ja gesagt zum neuen Stadtcasino. Anschliessend Auszüge aus Jürg Stöcklins Votum für den Neubau des Casinos nach Plänen von Zaha Hadid:

Dass der Musiksaal des Casinos dringend renoviert werden muss, ist unbestritten. Eine Alternative an anderem Ort steht nicht zur Diskussion. Der heutige Zustand des Casino-Gebäudes kann modernen Anforderungen an ein Musik- und Kulturzentrum längst nicht mehr genügen. Basel-Stadt gibt jedes Jahr sehr viel Geld für Kultur aus, rund 100 Millionen, tut sich aber schwer damit, für diese Kultur auch die entsprechenden Gebäude und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das Casino-Projekt ist eine Chance, dass im Zentrum unserer Stadt ein repräsentativer Ort für Konzerte, Kulturveranstaltungen und andere Anlässe entsteht. Ein Blick auf die Palette der heute im Casino stattfindenden Veranstaltungen straft das Argument Lügen, dass das neue Casino nur ein paar wenigen zu gute kommt. Mit dem Neubau werden die Nutzungsmöglichkeiten sogar erweitert, der Balkon zum Barfüsser-

platz schafft bisher nicht vorhandene Möglichkeiten. Über Architektur lässt sich streiten. Der Vorschlag von Zaha Hadid ist modern, eigensinnig, sicher nicht bünzlig, und es wird Basel städtebaulich bereichern.

Noch ein Wort zu den Finanzen. Es ist nicht nur richtig, sondern auch notwendig, dass sich der Kanton an der Finanzierung eines für die Stadt derart wichtigen Projekts engagiert. Ohne staatliche Kostenbeteiligung wäre dieses Projekt nicht realisierbar. Basel verändert sich zur Zeit sehr dynamisch. Die hier ansässigen Global Players investieren Milliarden in ihre Infrastruktur. Gute Architektur ist dabei meist ein Markenzeichen. Die Stadt Basel ist es sich schuldig, dass ihre öffentlichen Anlagen, ihre öffentlichen Gebäude und Plätze erneuert, städtebaulich attraktiv gestaltet und dadurch die Lebensqualität verbessert wird. Die 40 Millionen für das neue Stadt-Casino sind vertretbar, weil die Stadt dafür ein modernes Kulturzentrum, ein neues Wahrzeichen und damit auch ein etwas moderneres Gesicht erhält.

Harald Friedl,
Vizepräsident Grüne Basel-Stadt

W E R B U N G

HOLINGER SOLAR
 4000 BUCHSBERG | 4000 BUCHSBERG
 079 310 81 24 | 079 310 81 24
 4000 BUCHSBERG | 4000 BUCHSBERG

Ob Sonne oder Regen
 mit uns nutzen Sie das Wetter

solar, you...

Pro Trolleybus

Am 17. Juni 2007 wird in Basel-Stadt über die Initiative „Ja zum Trolleybus“ und den Gegenvorschlag abgestimmt. Die Initiative verlangt, das System Trolleybus aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln, und bei der Beschaffung von Fahrzeugen als Ergänzung zum Tram ist der Steigerung der Wohn- und Lebensqualität (weniger Lärm, keine Abgase) besonderes Gewicht beizumessen. Regierung und Parlament schlagen im Gegenvorschlag vor, 26 Gasbusse anzuschaffen. Diese sollen zur Hälfte mit „Biogas“ betrieben werden.

Das Hauptargument für den Trolleybus im städtischen Umfeld ist, dass es das leiseste öffentliche Verkehrsmittel ist, und die Anwohnerinnen und Anwohner wissen dies zu schätzen. Es macht daher aus Sicht der Lebensqualität keinen Sinn, dieses Verkehrsmittel abzuschaffen.

Nachdem nun alle drei Berichte der IPCC zum Klimawandel veröffentlicht sind, ist eigentlich klar, dass mit Hochdruck jede erdenkliche Möglichkeit genutzt werden sollte, die Treibhausgase gänzlich zu vermeiden. Der Gegenvorschlag geht diesbezüglich mit nur 50% Biogas also zu wenig weit. Der Trolleybus kann zu 100% mit erneuerbarer Energie betrieben werden (in Basel-Stadt muss die Stromversorgung ohnehin wegen der Motion Lüchinger auf 100% erneuerbare Energie umgestellt werden). Welches Zeichen würde mit der Abschaffung des Trolleybusses in Basel-Stadt gesetzt werden?

Die Mitgliederversammlung hat deshalb ein „Ja“ zur Initiative, ein „Ja“ zum Gegenvorschlag (die Alternative wären sonst nur Dieselbusse) und bei der Stichfrage „Trolleybus“ beschlossen.

Übrigens, zum Argument, dass Trolleybusse nicht nach Grenzach fahren können: ich bin neulich in Fribourg am Bahnhof ausgestiegen und habe gesehen, wie der Trolleybus vollautomatisch seine Fahrleitungsbügel eingezogen hat und als „Normalbus“ weitergefahren ist. Es gibt also auch diesbezüglich innovative Lösungen! Man muss nur wollen!

**Michael Wüthrich, Grossrat Grüne,
Präsident UVEK**

5. IV-Revision

Die 5. IV-Revision ist Sozialabbau auf Kosten der Behinderten.

Die Streichung der Zusatzrenten für Ehegatten bedeutet, dass Behinderten, welche heute dank der Zusatzrente zuhause von ihren Ehegatten gepflegt werden konnten, die Einweisung ins Pflegeheim droht. Menschlich ein Desaster bei dem den Kantonen erst noch hohe Mehrkosten für die Betreuung in Pflegeheimen entstehen.

Auch der Rentenzuschlag für junge Behinderte soll gestrichen und der Kinderzuschlag gekürzt werden. Die Chancengleichheit bleibt auf der Strecke.

Medizinische Massnahmen für Personen ab dem 20. Altersjahr werden nicht mehr übernommen, und der Invaliditätsbegriff soll massiv verschärft werden.

Personen mit chronischen Schmerzen oder psychischen Erkrankungen (Rückenschmerzen, Schleudertraumata, verschiedene psychischen Erkrankungen usw.) werden es viel schwerer haben, eine Rente zu erhalten. Krankenkassen wie auch die Sozialhilfen der Gemeinden und Kantone müssen deswegen mit massiven Mehrkosten rechnen.

Der Gedanke der Integration in die Arbeitswelt wird von allen begrüsst. Da jedoch verpasst wurde, die Arbeitgeber zu verpflichten, solche Arbeitsplätze anzubieten und auch kein Anreizsystem geschaffen wurde, sind alles nur leere Worte mit verheerenden Folgen für die Behinderten.

Auch das Problem der langfristigen Finanzierung der Sozialversicherung wurde nicht geregelt. Das ganze Gesetz ist ein Flickwerk - Sparmassnahmen auf Kosten der bereits benachteiligten Mitmenschen und Kostenverlagerung auf Kantone und ihre Sozialhilfen. Bund und Wirtschaft geben einmal mehr Verantwortung und Kosten an die Kantone ab - dies führt unter dem Strich nicht zu Einsparungen und in keiner Weise zu einer sozialeren, gerechten Gesellschaft. Darum sage ich überzeugt Nein zur 5. IV-Revision.

**Anita Lachenmeier-Thüring
Präsidentin Grüne BS**

PRO TROLLEYBUS

Behinderte
nicht behindern



Nein
zur 5. IV-Revision
am 17. Juni 2007

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**News & Interna**

Spass an der Landhof-Initiative hatten nicht nur die Initianten. Hr. Heuss auf dem Go-Kart anlässlich der Übergabe der Unterschriften am 28.03

Es hat am 14.4 ganz knapp nicht gereicht für Rita Altermatt. Im zweiten Wahlgang für die Gerichtspräsidien unterlag sie wegen ein paar hundert Stimmen. Wir danken Ihr an dieser Stelle ganz herzlich für Ihren Einsatz.

An der Jahresversammlung der Grünen Basel-Stadt vom 27.04 wurden Anita Lachenmeier und Harald Friedl in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Vorstand sind: Tobias Aellig, Christine Beckert, Ugur Camlibel, Pascal Schacher und Philipp Schaub.

Austritte: Stephanie Ehret, Jacques Thurneysen und Bea Wiggenhauser.

Am 5. Mai fand in Basel die Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz statt. Diese bedeutete den Startschuss zur Wahlkampagne der Nationalratswahlen; Unsere KandidatInnen werden im nächsten Pfeffer ausführlich vorgestellt. Im Anschluss erlebten wir ein rauschendes Frühlingfest im Sudhaus.

Parolen**Kantonale Abstimmungen vom 17. Juni 2007:**

JA zum neuen Stadt-Casino
(www.casino2009.ch)

JA zum Trolleybus
JA zum Gegenvorschlag der
Stichfrage: Trolleybus
(www.prorolleybus.ch)

Eidgenössische Abstimmung vom 17. Juni 2007:

NEIN zur 5. IV-Revision
(www.ai-referendum.ch)



Wir begrüßen ganz herzlich **Ugur Camlibel**, der nach dem Übertritt von der SP zu den Grünen neu für uns im Grossen Rat sitzt.

Termine

Samstag 9. Juni 2007
Grenzenlos Grün (deutsch-schweizerische Tagung) zum Thema „Atomkraft ist kein Klimaschutz“ mit vielen Referaten und Diskussion
13 bis 17 Uhr, Quartierzentrum Bachletten (QuBa),
Bachlettenstrasse 12

Freitag 22. Juni 2007
Jubiläumsveranstaltung
20 Jahre Grüne Basel
mit Jubiläumsansprachen, musikalischer Unterhaltung und anschliessendem Apéro
17 bis 19 Uhr im Rathaus,
Grossratsaal

Zu beiden Anlässen sind alle herzlich eingeladen. Kommt vorbei und beteiligt Euch an den Veranstaltungen.

Die aktuellsten Termine immer unter
www.gruene.ch/bs

Ich interessiere mich für die Grünen Basel-Stadt

- **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.-- für Verdienende, 50.-- für Nichtverdienende
- **Ich will SympathisantIn werden!** Jahresbeitrag für alle Fr. 60.--
- **Ich möchte SpenderIn werden!** Vielen Dank.
- **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per Fax:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Postfach 1442, 4001 Basel
061 / 383 98 33
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs